



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Wertstoffgesetz ablehnen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, den Arbeitsentwurf des Bundesumweltministeriums eines „Gesetzes zur Fortentwicklung der haushaltsnahen Getrennterfassung von wertstoffhaltigen Abfällen“ im Zuge der Länderbeteiligung in seiner kommunalunfreundlichen Form, bei der auch die Abfallvermeidung eine untergeordnete Rolle spielt, abzulehnen.

Begründung:

Der Arbeitsentwurf ist ein Angriff auf die kommunale Daseinsvorsorge und enthält starke Privatisierungsbestrebungen. Die Handschrift der Recycling-Lobby ist erkennbar.

Sollte das Wertstoffgesetz in dieser Form in Kraft treten, dann

- entsteht kein Kilogramm weniger Müll,
- verlieren die Kommunen massiv Erlöse für Altpapier und Altmetall,
- bezahlen die Bürgerinnen und Bürger bis zu 20 Prozent mehr an Gebühren,

- wird Verpackungsmaterial und anderes Plastik zu Lasten der Umwelt entsorgt statt sinnvoll recycelt,
- verlieren die Kommunen fast alle Möglichkeiten, über Wertstoffhöfe ein für die Bürgerinnen und Bürger gut funktionierendes System zu gewährleisten,
- werden Gewinne privatisiert und Kosten sozialisiert.

Deshalb ist in einer zu überarbeitenden Fassung auf die Belange der Kommunen, der Umwelt und der Bürgerinnen und Bürger Rücksicht zu nehmen.

Insbesondere

- sind die Grundsätze der Daseinsvorsorge zu erhalten und Privatisierungsbestrebungen in der Abfall- und Kreislaufwirtschaft zu begrenzen;
- sollen Kommunen die Verantwortung für die Sammlung von Verpackungen und Nichtverpackungen erhalten;
- sollen die Erlöse aus einer verbesserten Wertstoffgewinnung den Bürgern über die niedrigeren Gebühren zugutekommen;
- sind die Mängel der Dualen Systeme aus der Vergangenheit nicht fortzuschreiben, sondern zu beheben;
- soll die Anzahl der nötigen Tonnen minimiert und das System einfach und übersichtlich gehalten werden;
- sollen Anreize zur Abfallvermeidung verbessert werden;
- sollen höhere und ambitioniertere Sammelquoten festgeschrieben werden;
- sollen wirksame Maßnahmen zur Mehrwegförderung festgeschrieben werden;
- sollen Anreize zur Verwendung von Recyclingmaterialien in der Industrie geschaffen werden;
- soll die staatliche Kontrolle über die Recyclingwirtschaft und nicht die Selbstkontrolle der Recyclingwirtschaft festgeschrieben werden.